

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	VII
----------------------	-----

Teil 1	
Gegenstand der Arbeit	1

Teil 2	
Bankgeschäft und Insolvenz – zivil- und insolvenzrechtliche Grundlagen, wirtschaftliche Zusammenhänge	
A. Kreditgeschäft der Banken und Gründe der Insolvenz	5
I. Wirtschaftliche Krise des Bankkunden	6
II. Insolvenzzrechtliche Krisenbegriffe	7
1. Ziel des Insolvenzverfahrens – Konsequenzen für Bank und Bankkunden	7
2. Zahlungsunfähigkeit	10
a) Insolvenzzrechtlicher Fälligkeitbegriff	10
b) Zeitraum und Wesentlichkeit der Liquiditätbchlücke	12
c) Feststellung von Zahlungsunfähigkeit	14
3. Drohende Zahlungsunfähigkeit	16
4. Überschuldung	20
a) Rechtslage nach dem FMStG	20
b) Bilanzielle Überschuldung	21
c) Positive Fortföhrungsprognose	23
III. Zusammenhang zwischen Kreditgeschäft und Insolvenz	26
1. Kreditgeschäft der Banken	26
2. Zivilrechtliche Grundlagen	28
a) Darlehensvertrag	28
b) Sicherungsvertrag	29
3. Kredit und Insolvenzeröffnungstatbestände	32
a) Kredit und Zahlungsunfähigkeit	32
b) Kredit und Überschuldung	34
B. Kenntnis der Bankverantwortlichen vom Eintritt der Krise als Grundlage der Kreditentscheidung	35
I. Interne Informationsgewinnung – Kenntnisse aus der Geschäftsbeziehung	35
	IX

1. Rechtliche Einordnung der Bankverbindung	35
2. Informationen aus der Bankverbindung, den Geschäftskonten und Kreditunterlagen	37
II. Externe Informationsquellen	39
1. Auskünfte der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung	39
2. Bankauskunftsverfahren	42
C. Kündigungsrecht der Banken in der Krise als Voraussetzung der Kreditrückführung	45
I. Ordentliche Kündigung	46
II. Außerordentliche Kündigung	49
1. Gesetzliches Kündigungsrecht	49
2. Kündigungsrecht nach den AGB-Banken	53
3. Restriktion durch die wirtschaftliche Krise	54
III. Kündigung im Insolvenzverfahren	55
IV. Zwischenergebnis	57
D. Zusammenfassung	57

Teil 3

Anwendungsbereich des Bankrotts in der Krise des Bankkunden – Schutzzweck und Reichweite der Krisenmerkmale

A. Normzweck der §§ 283 ff. StGB	61
I. Individuelles Rechtsgut – wirtschaftliche Interessen der Gläubigerschaft	61
II. Überindividuelles Rechtsgut – Schutz der Kreditwirtschaft?	63
B. Krise des Bankkunden – bankrottstrafrechtliche Einordnung	70
I. Auslegung der bankrottstrafrechtlichen Krisenbegriffe	71
II. Zahlungsunfähigkeit	75
1. Strafrechtliche Definition	75
a) Ernsthaftes Einfordern	76
b) Dauer und Wesentlichkeit der Liquiditätslücke	77
2. Feststellung von Zahlungsunfähigkeit	78
III. Drohende Zahlungsunfähigkeit	80
IV. Überschuldung	83

Teil 4

Bankmitarbeiter als Täter von Bankrottdelikten

A. Beschränkung des Täterkreises – Bankrott als Sonderdelikt	87
B. Handeln „für“ den Bankkunden – Täterschaft durch § 14 StGB?	89
I. Normzweck von § 14 StGB	90
II. Sachlicher Anwendungsbereich von § 14 StGB	94
III. Organ- oder Vertreterschaft – § 14 Abs. 1 StGB	95
IV. Gewillkürte Stellvertretung – § 14 Abs. 2 StGB	95
1. Betriebs- und Unternehmensbegriff	96
2. Leitung oder Teilleitung eines Betriebs	97
3. Eigenverantwortliche Wahrnehmung betrieblicher Aufgaben	98
4. Übertragung strafrechtlicher Verantwortung durch konkludente Beauftragung – stillschweigende Delegation oder bloße Okkupation unternehmerischer Leitungsmacht	99
5. Tätigkeit von Bankmitarbeitern in der Krise des Kunden – Okkupation von Leitungsmacht	103
a) Übernahme des Zahlungsverkehrs	103
b) Entsendung von Vertrauenspersonen	106
V. Anwendung von § 14 Abs. 3 StGB	109
1. Anforderungen an die faktische Vertreterbestellung	110
2. Konsequenzen für die Tätigkeit von Bankmitarbeitern	113
C. Täterschaft kraft faktischer Geschäftsführung	114
I. Faktische Geschäftsführung in der Rechtsprechung	115
1. Rechtsprechung in Strafsachen	116
a) Entscheidungen des Reichsgerichts	116
b) Entscheidungen des Bundesgerichtshofs und anderer Obergerichte	118
c) Zwischenergebnis	124
2. Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen	124
II. Gefahrerhöhung durch faktische Geschäftsführung	125
1. Begründungsdefizite der Rechtsprechung	125
2. Faktische Geschäftsführung – Gefahrerhöhung durch Übernahme und Ausübung von Leitungsmacht	128
3. Gefahrerhöhung durch faktische Geschäftsführung am Beispiel des Bankrotts	132
4. Zwischenergebnis	133
III. Zur Kritik an der Rechtsfigur faktischer Geschäftsführung	133
1. Zur Vereinbarkeit faktischer Geschäftsführung mit § 14 Abs. 3 StGB	134
a) Kritik im Schrifttum – Sperrwirkung von § 14 Abs. 3 StGB	134

b) Systematik von § 14 StGB und faktischer Geschäftsführung	136
2. Zur Vereinbarkeit der Rechtsfigur faktischer Geschäftsführung mit dem Gesetzlichkeitsprinzip (Art. 103 Abs. 2 GG)	140
a) Inhalt und Regelungszweck	141
b) Reichweite - Anwendbarkeit auf den Allgemeinen Teil des StGB	144
c) Zur Vereinbarkeit faktischer Geschäftsführung mit dem Bestimmtheitsgrundsatz	146
d) Zur Vereinbarkeit mit dem Analogieverbot	150
3. Zwischenergebnis	156
IV. Faktische Geschäftsführung durch Bankmitarbeiter in der Krise des Kunden	157
1. Voraussetzungen faktischer Geschäftsführung	158
a) Konkretisierung der Voraussetzungen in der Unternehmens- krise	158
b) Faktische Geschäftsführung durch Tätigkeit im Innenverhältnis – Zum Kriterium des Außenbezugs	161
2. Übernahme des Zahlungsverkehrs	163
3. Installation von Vertrauenspersonen	164
a) Eingriffe in das Rechnungs- und Finanzwesen	165
b) Eingriffe in Geschäftsverbindungen („operatives Geschäft“)	166
c) Eingriffe in das Personalwesen	167
d) Faktische Geschäftsführung durch Vertrauenspersonen – Zusammenfassung	168
4. Zwischenergebnis: Bankmitarbeiter als grundsätzlich taugliche Täter von Bankrottdelikten	168

Teil 5

Darlehensrückführung in der Krise des Bankkunden, gegebenenfalls durch Verwertung von Kreditsicherheiten – ordnungsgemäßes Wirtschaften oder Bankrotthandlung

A. Systematik der Bankrotthandlungen	172
B. Anforderungen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft	173
I. Einordnung in die Systematik der Bankrotthandlungen	173
II. Funktion des Kriteriums – Abgrenzung der Risikosphären in der Krise und objektive Zurechnung	175
III. Maßstab ordnungsgemäßer Wirtschaft	178
1. Gesetzgebung	179

2. Zeitpunkt der Feststellung	179
3. Erlaubte (unternehmerische) Gefahrerhöhung in der Krise	180
a) Bloße Massereduktion	180
b) Erlaubte ökonomische Gefahrerhöhung	182
4. Zusammenfassung	190
C. Maßnahmen zur Darlehensrückführung in der Krise – Bankrotthandlung, Gläubigerbegünstigung oder legitimes Interesse der Bank	191
I. Beiseiteschaffen von Vermögensbestandteilen	191
1. Tatobjekt	192
2. Anforderungen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft	193
3. Darlehensrückführung	198
a) Darlehensrückführung nach Fälligkeit	198
b) Darlehensrückführung vor Fälligkeit	201
c) Rückführung eigenkapitalersetzender Darlehen	205
4. Verwertung von Sicherheiten	211
a) Aussonderungsfähige Vermögensbestandteile	212
b) Absonderungsfähige Vermögensbestandteile	214
5. Nachbesicherung von Altkrediten	217
6. Rückführung/Verwertung nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens sowie nach Erlass vorläufiger Maßnahmen zur Masse- sicherung	218
a) Darlehensrückführung	219
b) Verwertung von Sicherheiten	220
II. Mögliche Privilegierung durch Gläubigerbegünstigung	223
1. Grund der Privilegierung	223
2. Sonderdeliktscharakter	224
3. Begünstigungshandlung und -erfolg	225
4. Subjektiver Tatbestand	226
5. Gläubigereigenschaft trotz Tätigkeit in der Sphäre des Schuldners	226
a) Gläubigereigenschaft bei echter Personenidentität	227
b) Tätigkeit von (faktischen) Vertretern des Schuldners	229
III. Zusammenfassung	231
IV. Verringerung des Vermögensbestandes in anderer Weise	233
1. Verringerung des Vermögensstandes in grobem Widerspruch zu den Anforderungen einer ordnungsgemäßen Wirtschaft	233
2. Anwendungsbereich – Verhältnis zu § 283 Abs. 1 Nr. 1 Var. 1 StGB	234

Teil 6

Bankrotthandlungen gelegentlich der Darlehensrückführung

A. Verheimlichen von Vermögensbestandteilen – § 283 Abs. 1 Nr. 1 Var. 2 StGB	237
I. Pflichtenstellung des Schuldners nach Eintritt in das Insolvenzverfahren	239
II. Pflichtenstellung des Schuldners vor Eintritt in das Insolvenzverfahren	240
III. Subjektiv-finale Tatbestandsrestriktion	241
IV. Zwischenergebnis	245
V. Strafrechtliches Risiko der Bankverantwortlichen	245
B. Eingehen von Verlust-, bzw. Risikogeschäften sowie unwirtschaftliche Ausgaben – § 283 Abs. 1 Nr. 2 StGB	247
I. Verlust-, Spekulations- bzw. Differenzgeschäfte	247
II. Unwirtschaftliche Ausgaben – § 283 Abs. 1 Nr. 2 Var. 4 StGB ...	251
C. Schleuderverkauf kreditierter Waren und Wertpapiere – § 283 Abs. 1 Nr. 3 StGB	254
D. Vortäuschen fremder und Anerkennen erdichteter Rechte – § 283 Abs. 1 Nr. 4 StGB	258
I. Subjektiv-finale Restriktion der Tatalternativen	260
1. Vortäuschen fremder Rechte	261
2. Anerkennen erdichteter Rechte	265
3. Zwischenergebnis	267
II. Strafrechtliches Risiko der Bankverantwortlichen	268
1. Vortäuschen von Rechten der Bank	268
2. Anerkennen erdichteter Rechte der Bank	269
E. Unterlassene oder mangelhafte Buchführung, Beiseiteschaffen oder Vernichten von Handelsbüchern sowie Bilanzdelikte – § 283 Abs. 1 Nr. 5 bis 7 StGB	269
I. Unterlassene oder mangelhafte Buchführung – § 283 Abs. 1 Nr. 5 StGB	271
II. Beiseiteschaffen, Verheimlichen, Zerstören oder Beschädigen von Handelsbüchern oder sonstigen aufbewahrungspflichtigen Unterlagen – § 283 Abs. 1 Nr. 6 StGB	274
III. Bilanzdelikte – § 283 Abs. 1 Nr. 7 StGB	276
IV. Strafrechtliche Risiken der Bankverantwortlichen	278
F. Verringerung, Verheimlichen und Verschleiern des Vermögensbestands in sonstiger Weise – § 283 Abs. 1 Nr. 8 StGB	278

I. Massereduzierende Bankrotthandlungen gem. § 283 Abs. 1 Nr. 8	
Var. 1 StGB	278
1. Schleuderverkauf eigener (nicht kreditierter)	
Vermögensbestandteile	279
2. Unwirtschaftliche Verpflichtungsgeschäfte	280
a) Vermögensverringerung durch defizitäre	
Austauschverträge	280
b) Unwirtschaftliche Verbindlichkeiten	281
3. Verlagerung der Geschäftstätigkeit	282
II. Informationsbezogene Bankrotthandlungen gem. § 283 Abs. 1	
Nr. 8 Var. 2 und 3 StGB	284
1. Täuschung über die faktisch ausgeübte Geschäftsführung	286
2. Kapitalbeschaffung durch unzutreffende oder irreführende Angaben	287
G. Zusammenfassung	288

Teil 7

Der wirtschaftliche Zusammenbruch des Bankkunden als objektive Bedingung der Strafbarkeit

A. Objektive Bedingung der Strafbarkeit	292
I. Zur Vereinbarkeit mit dem Schuldprinzip	293
II. Voraussetzungen der Merkmale des § 283 Abs. 6 StGB	294
III. Dysfunktionalität im Fall drohender Zahlungsunfähigkeit	294
IV. Verhältnis zu den Krisenmerkmalen des § 283 Abs. 1 StGB	295
B. Wirtschaftliche Folgen von Bankrotthandlungen	295
I. Bankrott als abstraktes Gefährdungsdelikt	296
II. Eignung von Bankrotthandlungen zur Vertiefung der Krise	297
1. Bestandsbezogene Bankrotthandlungen	298
2. Buchführungs- und Bilanzierungsdelikte	298
3. Zu den übrigen informationsbezogenen Bankrotthandlungen ..	299
4. Konsequenzen für den Zusammenhang zwischen Bankrotthandlung und § 283 Abs. 6 StGB	300
C. Funktion der objektiven Bedingung der Strafbarkeit	300
I. Auswirkungen des Strafverfahrens	301
II. Eingrenzung der Strafbedürftigkeit	302
D. Zusammenhang zwischen Bankrotthandlung in der Krise und § 283	
Abs. 6 StGB	303
I. Tatsächlicher, äußerlicher Zusammenhang	303

1. Obergerichtliche Rechtsprechung	303
2. Schrifttum	304
II. § 283 Abs. 6 StGB – Konkrete Gefahrrealisierung von Bankrott- handlungen in der Krise	305
III. Strafbarkeit von Bankrotthandlungen nach Eintritt der Voraus- setzungen von § 283 Abs. 6 StGB	308
E. Konsequenzen für die strafrechtliche Verantwortung der Bankmitarbeiter	309
I. Bestandsbezogene Bankrotthandlungen	309
II. Informationsbezogene Bankrotthandlungen	310

Teil 8

Ausschluss bankrottstrafrechtlicher Verantwortung durch Tathandlungen im Interesse der Bank?

A. Bisherige Rechtsprechung des BGH – Interessentheorie	312
B. Objektiv-funktionale Theorie	316
I. Kritik an der Interessentheorie	316
II. Handeln im Geschäftsbereich des Vertretenen – objektiv-funktiona- ler Tätigkeitsbezug	319
C. Aktuelle Entwicklung der Rechtsprechung – Aufgabe der Interessentheorie	321
I. Obiter dicta	321
II. Aufgabe der Rechtsprechung	322
D. Konsequenzen für Bankrotthandlungen durch Bankmitarbeiter	323
I. Weitgehender Ausschluss einer Bankrottstrafbarkeit auf Grundlage der Interessentheorie	323
II. Aktuelle Rechtsprechung – objektiv-funktionale Betrachtung	324

Teil 9

Tätigkeit der Bankverantwortlichen nach ersten Anzeichen der Krise – Anforderungen an den Vorsatz

A. Vorsatz bei Zahlungsunfähigkeit	327
I. Kenntnis durch Liquiditätsstatus und Finanzplan	327
II. Kenntnis einschlägiger Beweisanzeichen	328
B. Vorsatz bei drohender Zahlungsunfähigkeit	329
I. Kenntnis aufgrund einer Finanzvorschau	330

II. Kenntnis kriminalistischer Beweisanzeichen	331
C. Vorsatz bei Überschuldung	331

Teil 10

Tätigkeit der Bankmitarbeiter in der Krise des Kunden – Teilnahme am Bankrott oder berufsneutrale Handlung

A. Strafbarkeit wegen Anstiftung zum Bankrott	334
I. Voraussetzungen der Anstiftung	334
1. Objektiver Tatbestand	334
2. Subjektiver Tatbestand	335
II. Strafrechtliches Risiko der Bankverantwortlichen	336
1. Anstiftung zu bestandsbezogenen Bankrotthandlungen	337
2. Anstiftung zu informationsbezogenen Bankrotthandlungen	338
B. Strafbarkeit wegen Beihilfe zum Bankrott	339
I. Voraussetzungen der Beihilfestrafbarkeit	339
1. Objektiver Tatbestand	339
2. Subjektiver Tatbestand	341
3. Tatförderung außerhalb berufstypischer Handlungen	341
a) Technische Rathilfe	342
b) Bestärkung des Tatentschlusses	343
II. Einschränkungen bei berufstypischem Verhalten	346
1. Beihilfestrafbarkeit durch berufstypisches Verhalten – Lösungsansätze im Schrifttum	347
a) Subjektive Theorie	347
b) Solidarisierung mit dem Haupttäter	348
c) Rückgriff auf die Lehre vom Regressverbot	348
d) Professionelle Adäquanz	349
e) Restriktion durch Rechtsmissbrauch	349
2. Restriktionen der Beihilfestrafbarkeit in der Rechtsprechung	350
3. Keine generelle Neutralität oder Sozialadäquanz berufstypischen Verhaltens	351
a) Faktische Eignung zur Gefahrerhöhung – fehlende Neutralität berufsbezogenen Verhaltens	351
b) Keine generelle Sozialadäquanz insbesondere bei Sonderwissen	352
4. Stellungnahme – Berufstypisches Verhalten als erlaubte Gefahrerhöhung	353
a) Rechtlich unerlaubte, missbilligte Gefahrerhöhung als Voraussetzung objektiver Zurechnung	354

b) Dogmatische Einordnung von Sonderwissen – Positive Kenntnis der Deliktspläne als Kriterium zur Bestimmung des erlaubten Risikos	356
c) Rechtlich missbilligte Gefahrbegründung mit <i>dolus eventualis</i>	359
5. Konsequenzen für die strafrechtliche Verantwortung der Bankmitarbeiter	363
a) Grundsatz	363
b) Strafbarkeit der Bankmitarbeiter durch berufstypisches Verhalten	363
6. Zusammenfassung	365

Teil 11

Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	367
---	-----

<i>Anhang</i>	373
<i>Literaturverzeichnis</i>	375
<i>Stichwortverzeichnis</i>	387